

Offener Brief
~~der Gemeinde bzw. Verwaltungsgemeinschaft~~
Stadt Vilseck

an
Ministerpräsident Horst Seehofer
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Staatsminister,

unsere Gemeinde bzw. Verwaltungsgemeinschaft hat sich in den vergangenen Monaten mit unterschiedlichen Konzepten an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus gewendet, um einen Schulversuch für die regional angemessene Weiterentwicklung unseres Schulstandorts durchführen zu dürfen. Hintergrund dafür sind rückläufige Schülerzahlen und steigende Übertritte in Realschulen und Gymnasien.

Keiner dieser Anträge wurde bislang genehmigt, zahlreiche abgelehnt oder mit dem Verweis auf einen geplanten Modellversuch der Staatsregierung zurückgestellt. Der durch die KMBek vom 13.3.2009 veröffentlichte Modellversuch einer Kooperation von Haupt- und Realschulen ist jedoch nicht in der Lage, unseren spezifischen Bedürfnissen vor Ort gerecht zu werden. Die dabei vorgesehen Kooperationen stellen für unsere Gemeinden keine Lösung dar, weil sie auf der strikten Trennung der Schularten basieren und die räumliche Nähe von mindestens zweizügigen Haupt- und Realschulen voraussetzen.

Auch Schulverbünde, wie sie das Kultusministerium im Rahmen der Hauptschulinitiative vorschlägt, sind im ländlichen Raum keine Lösung. Kleine Hauptschulen sollen dabei ihr Fächerangebot auf verschiedene Standorte aufteilen. Die Schüler müssen von den verschiedenen Schulstandorten zum jeweiligen Angebot transportiert werden. Sie haben dann keinen festen Schulstandort mehr, ein Teil von ihnen ist immer unterwegs, viele müssen längere Anfahrtswege in Kauf nehmen. Insbesondere aber kann dem Wunsch von immer mehr Eltern nach einem wohnortnahen Realschulabschluss für ihr Kind nicht entsprochen werden. Steigende Übertritte in die Realschulen und das Auspendeln dieser Schüler können nicht gestoppt werden. Es muss folglich ein Realschulabschluss am Wohnort angeboten werden, nur so lässt sich der Schulbestand vor Ort sichern.

Wir werden nicht akzeptieren, dass das Kultusministerium bislang alle schulartübergreifenden Anträge abgelehnt hat - obwohl unsere Gemeinden die jeweiligen Anträge einstimmig und nach langen und sorgfältigen Diskussionen beschlossen haben. Wir - Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder, Eltern, Schulleiter und Lehrer - sehen uns um die Möglichkeit gebracht, pragmatisch Schulstandorte zu erhalten und qualitativ hochwertige pädagogische Schulabschlüsse vor Ort anbieten zu können - nur weil das Kultusministerium bestimmt, dass die Eigenständigkeit der Schularten nicht angetastet werden darf. Wir sind enttäuscht und fordern die Staatsregierung auf, auch Anträge zu genehmigen, die über die engen Kriterien des Modellversuchs Kooperationsschulen hinausgehen.

Bitte wenden!

